

## Neue Ministerin - Altes Leid

### Noch immer keine Planungssicherheit im Bereich Arbeit und Soziales

Seit nunmehr drei Wochen ist Ursula von der Leyen neue Bundesministerin für Arbeit und Soziales. Sie löste Franz Josef Jung ab, der das Amt aufgrund seiner Verstrickungen in der Kunduz - Affäre aufgab. Frau von der Leyen steht nun dem Ministerium mit dem größten Einzeletat vor. Fast 130 Mrd. EUR hatte das Haus im Jahr 2009 zur Verfügung, um seine Aufgaben zu erfüllen, die für viele Millionen Rentner, Arbeitssuchende und Familien existenziell sind. Um dieser Verantwortung gerecht zu werden, sind Planungssicherheit und Verlässlichkeit von größter Bedeutung. Stattdessen spielt die Ministerin mit den Kommunen Ping-Pong. Es geht um die Neuregelung der Vermittlung von Langzeitarbeitslosen (Hartz IV). Bisher werden diese von Landkreisen und Bundesagentur für Arbeit (BA) zusammen in Jobcentern betreut. Dies wurde vom Bundesverfassungsgericht 2007 untersagt. Deshalb muss bis Ende 2010 eine Neuregelung her. Anstatt klare Aussagen zu machen, hintertreiben CDU und CSU immer wieder eine zukunfts-feste Lösung. In persönlichen Gesprächen erfahre ich immer wieder, wie fatal diese unsichere Politik ist. Arbeitssuchende haben Probleme mit Anträgen, die über 2010 hinausgehen. Und die Arbeitsvermittler wissen nicht, wie ihre berufliche Zukunft aussieht. Diese Situation ist unhaltbar. Die Wirtschaftskrise schlägt immer mehr auf den Arbeitsmarkt durch.

Gerade jetzt brauchen wir eine bestens arbeitende Arbeitsvermittlung. Deshalb schlagen wir klare Grundgesetzänderungen vor, die die bisherige gute und zuverlässige Betreuung „aus einer Hand“ sicherstellen. Damit wäre die jetzt notwendige Planungssicherheit hergestellt. Die Regierung hingegen will durch Gesetz die Zusammenarbeit von BA und Kommunen entflechten und dann wieder auf freiwilliger Basis erlauben. Ohne Frage – dies würde auf lange Sicht mehr Bürokratie, mehr Unübersichtlichkeit und mehr Unsicherheit für alle Beteiligten bedeuten. Neben dem Angriff auf die Gewerbesteuer beim Wachstumsbeschleunigungsgesetz wird auch hier wieder deutlich: Die Regierung lässt die Kommunen in der Krise im Regen stehen. Gute Politik für die Menschen vor Ort sieht anders aus!

Liebe Freundinnen und Freunde,

hier erhaltet Ihr meinen letzten Newsletter für dieses Jahr. Nächstes Jahr stehen wichtige politische Debatten an. Lasst uns in den Feiertagen Kraft dafür tanken. Ich wünsche Euch eine besinnliche Adventszeit, ein frohes Weihnachtsfest und natürlich einen guten Rutsch ins Jahr 2010!

Euer,



Achim Barchmann

## Oettinger im EU-Ausschuss

Kandidat bleibt im Ungefähren

**D**ie SPD-Fraktion hat den Günther Oettinger - Merkels Kandidat für die Europäische Kommission - eingeladen seine Vorstellungen im Europa-Ausschuss des Deutschen Bundestages vorzustellen.

Es ist eine europaweite Premiere, dass sich ein Kandidat nationalen Abgeordneten vor der eigentlichen Anhörung im Europäischen Parlament stellt. Bei solch einer Anhörung wird der Kandidat auf seine fachliche Eignung als Kommissar geprüft und kann dann auch in einer Abstimmung vom Europäischen Parlament abgelehnt werden. Ich finde es ein interessantes Gedankenspiel, auch auf Bundesebene Minister vor Ihrer Ernennung durch das Parlament auf Herz und Niere prüfen zu lassen. Vielleicht wären uns dann der ehemalige Minister Franz-Josef Jung erspart geblieben. Zu seinem und dem Wohle unseres Landes.

Herr Oettinger hat im Ausschuss nur einen vagen Einblick in seine europapolitischen Pläne zugelassen und vieles auf einen späteren Zeitpunkt verschoben. Einzig und Alleine seine Begeisterung für die Atomkraft konnte der Kandidat kaum verbergen, so dass zu befürchten steht, dass er seinen Einsatz für diese gefährliche Technik nun auf europäischer Ebene weiterführen wird.

Herr Oettinger hat mich bei seinem Auftritt nicht überzeugt. Mit solch einem Auftritt vor dem Europäischen Parlament wird er es schwer haben die Abgeordneten von seiner Eignung zu überzeugen. Aber er hat die Feiertage Zeit, sich einige Positionen zu wichtigen Europäischen Fragen zu überlegen.

## Ortsdurchfahrt Querenhorst

Verkehrsberuhigung dringend nötig

**D**er tragische Unfalltod eines Schülers vor wenigen Wochen in Querenhorst macht deutlich, dass sich etwas ändern muss. Die B 244 führt direkt durch den Ort und wird täglich von unzähligen Berufspendlern, LKW und weiteren Verkehrsteilnehmern befahren. Geschwindigkeitsübertretungen gehören in der „30er Zone“ der Ortsdurchfahrt leider zur täglichen Realität. Seit Jahren leidet Querenhorst unter dem ständig zunehmendem Verkehr auf der Bundesstraße. Ich halte die Forderungen der Bürgerinnen und Bürger aus Querenhorst für vollkommen berechtigt.



Deshalb habe ich für Anfang Januar einen Termin beim Leiter des zuständigen Straßenbauamtes in Wolfenbüttel vereinbart, um dort die Möglichkeiten einer schnellen und nachhaltigen Verkehrsberuhigung zu ermitteln. Die von der Bürgerinitiative vorgeschlagenen Maßnahmen, wie der Bau einer Ampel und die Veränderung der Bushaltestelle sind richtig und wichtig. Aber es müssen schnell weitere Umbauten vorgenommen werden, um die Situation in Querenhorst zu entspannen. Ich werde mit den Menschen in Querenhorst dafür kämpfen.

### Termine - Hier können Sie mich treffen:

19.12.2009 12:30 Uhr Jubiläum 700 Jahre Ortsteil Ehra, Molkereistraße 6

12.01.2010 15.30 Uhr Eröffnung Wahlkreisbüro Helmstedt, Kleiner Wall 1, Helmstedt

13.01. 2010 18:00 Uhr Eröffnung Wahlkreisbüro Wolfsburg, Schillerstraße 6-8, Wolfs-